

IHK-Generalversammlung, 10. Juni 2008

Ansprache Dr. Kurt Weigelt, IHK-Direktor

Das Ende der Verhandlungsdemokratie

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste

Für die Durchführung unserer heutigen Generalversammlung haben wir mit der Lokremise einen Ort gewählt, der nicht nur für Kunsthistoriker, sondern auch für einen Wirtschaftspolitiker von Interesse ist. Gebaut wurde die Lokremise vor über 100 Jahren als Pionierwerk der Eisenbahn-Infrastruktur und diente der Wartung von 21 Dampflokomotiven. Sie steht für eine Zeit des Aufbruchs und der technischen und gesellschaftlichen Veränderung. Weder die Jugendstilfassade noch die Einzigartigkeit als grösstes Ringdepot der Schweiz konnten aber verhindern, dass die Lokremise mit der Elektrifizierung der Eisenbahn schon nach wenigen Jahrzehnten ihre eigentliche Funktion verlor und seither als stummer Zeuge der Vergangenheit auf bessere Zeiten wartet. Wie unser heutiger Veranstaltungsort eindrücklich zeigt, folgt dem Verlust der wirtschaftlichen Bedeutung der langsame, aber unaufhaltsame Niedergang. Eine stolze Tradition, die Auszeichnung als Baudenkmal von nationaler Bedeutung, der Denkmal- und Heimatschutz reichen zur Zukunftssicherung nicht aus. Entscheidend ist vielmehr, dass sich die Funktion, die ein Bauwerk wahrnimmt, den Bedürfnissen einer sich verändernden Umwelt anpasst.

Und damit sind wir mitten in der Wirtschaftspolitik. Hinter uns liegen Veränderungen, die in ihren Konsequenzen noch entscheidender waren, als die Ablösung der Dampfmaschine durch die Elektrizität. Eine dieser historischen Wegmarken ist das Jahr 1989. In Berlin wurde die Mauer niedergedrückt und damit das Ende der bipolaren Welt eingeleitet. Und am CERN in Genf entwickelte Tim Berners-Lee das Konzept eines World Wide Web. Globalisierung und Virtualisierung definieren seither die Spielregeln von Wirtschaft und Gesellschaft. Unsere Welt ist flach geworden. Zeit und Raum sind nicht mehr, was sie durch Jahrtausende waren. Knapp zwanzig Jahre nach dem Beginn dieser historischen Umwälzungen ist es an der Zeit, eine ehrliche Bilanz zu ziehen. Hat die Schweiz die Chancen der Virtualisierung und der Globalisierung genutzt oder geht es uns wie der Lokremise, deren Einzigartigkeit sich wenigstens bis vor kurzem nur noch über ihre Vergangenheit definierte?

Eine mögliche Antwort auf diese Frage gibt die Entwicklung des Bruttoinlandproduktes pro Kopf der Bevölkerung. Vergleicht man das Pro-Kopf-Einkommen in den USA und der Europäischen Union mit dem Durchschnitt der OECD-Staaten, dann stellt man fest, dass dieses in der EU in etwa gleich geblieben ist, während es in den USA leicht zugenommen hat.

Wesentlich problematischer sieht es bei uns aus.

Seit 1991 fällt in der Schweiz das Pro-Kopf-Einkommen im internationalen Vergleich zurück. Vor zwanzig Jahren zeichnete sich unser Land über einen weit überdurchschnittlichen Wohlstand aus.

Seither befindet sich unser Pro-Kopf-Einkommen im Vergleich zum Durchschnitt der OECD-Länder im Sinkflug. Globalisierung und Virtualisierung zeigen sich in der Schweiz nicht als überdurchschnittlicher Wohlstandsgewinn, sondern als Risse im Mauerwerk einer über Jahrzehnte erfolgreichen Volkswirtschaft. Dass diese Negativentwicklung nicht zwingend ist, beweist ein Vergleich der Wachstumsraten einzelner Länder.

Die Weltwirtschaft ist seit 1990 um knapp 80% gewachsen, jene der Schweiz hingegen nur um rund 25%. Unser Wachstum ist schwächer als das vergleichbarer Volkswirtschaften. An dieser grundlegenden Erkenntnis können auch die vergangenen drei Jahre mit einer wesentlich verbesserten wirtschaftlichen Dynamik nichts ändern. Diese Zahlen lassen nur den Schluss zu, dass die entscheidenden Ursachen für unsere Wachstumsschwäche hausgemacht sind. Ganz offensichtlich haben wir die Chancen eines Strukturwandels mit historischen Dimensionen zu wenig genutzt. Dies gilt nicht nur für unsere öffentlichen Institutionen, sondern auch für unser Parteiensystem und die Verbandslandschaft als die wichtigsten privaten Akteure der Wirtschaftspolitik.

Werfen wir einen ersten Blick auf unser Parteiensystem. Die Veränderungen der jüngeren Zeit mit den Wahlerfolgen der SVP und der Grünen, aber auch die aktuellen Bündnerwirren können als Anzeichen einer Neuordnung der Parteienlandschaft gedeutet werden. Im Grundsatz aber definiert sich unser politisches System unverändert in den Dimensionen „liberal-konservativ“ sowie „links-rechts“ und damit in den Kategorien des 19. Jahrhunderts. Dieses traditionelle Koordinatensystem eignet sich als Orientierungshilfe für die Lösung von Verteilungsfragen, nicht aber für die gesellschaftlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Die Stellung der Schweiz in Europa, Fragen der Familienpolitik, der Einwanderung oder des Umweltschutzes lassen sich nicht auf traditionelle soziale Gruppierungen reduzieren, sondern verlaufen quer durch die alten Konfliktfronten der Parteien. Das traditionelle Parteiensystem ist immer weniger in der Lage, kollektive Identitäten zu begründen und verliert damit seine zentrale demokratische Legitimation.

Vergleichbares gilt für die Wirtschaftsverbände. Der klassisch-liberalen Idee einer Trennung von Staat und Gesellschaft verpflichtet, verstand sich die Wirtschaft im 19. Jahrhundert als Teil des privat organisierten, gesellschaftlichen Bereichs. Dies änderte sich in den Krisenjahren nach dem ersten Weltkrieg. Das Verhältnis von Staat und Wirtschaft entwickelte sich zu einer Mischform von staatlich gelenkter und marktwirtschaftlich offener Ökonomie, in der die Behörden mit den Interessenverbänden Interventionen und Förderungen absprachen. Ziel dieses Verhandlungsmodells war es, Staat und Wirtschaft in Zeiten wirtschaftlicher und politischer Bedrohungen zu einer grösseren harmonischen Einheit im Dienste des Volkes zu verbinden und der Gefahr von aussen geschlossen entgegenzutreten. Die Verhandlungsdemokratie verstärkte sich während den Kriegsjahren und ersetzte den Wettbewerb durch den ‚Heimatschutz‘ im Dienste des nationalen Überlebens. Angesichts der weiterhin als bedrohlich beurteilten weltpolitischen Lage fand die Rückkehr zu einer Trennung von Staat und Wirtschaft nach dem zweiten Weltkrieg nur sehr zögerlich und in vielen Branchen überhaupt nicht statt. Bis heute organisieren wir den öffentlichen Verkehr, die Produktion und die Verteilung von Strom, die Briefpost, Radio und Fernsehen auf nationaler Ebene, das Bildungswesen vom Kindergarten bis hin zur Universität, das Gesundheitswesen, unsere Altersvorsorge und vieles mehr entsprechend den Spielregeln der Verhandlungsdemokratie und mit einer ausgesprochenen Skepsis gegenüber dem Wettbewerb und der Eigenverantwortung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Schweiz ist im Innenverhältnis auf weite Strecken sozialistisch organisiert. Und in dieser Tatsache liegt eine der wesentlichen Ursachen für unsere Wachstumsschwäche.

Dies lässt sich statistisch nachweisen:

Die Binnenwirtschaft sowie der staatsnahe Sektor zeichnen sich seit Jahren durch einen Rückgang der relativen Produktivität aus. Dies trotz aller Fortschritte und den beinahe unbegrenzten Möglich-

keiten der elektronischen Revolution. Wir sehr die Unfähigkeit zur Veränderung unser öffentliches Leben prägt, illustrierte kürzlich der Bundesrat, der selbst nach Jahren der konzeptionellen Arbeit nicht in der Lage war, seine Departementsstrukturen der veränderten Bedeutung der einzelnen staatlichen Bereiche anzupassen.

Ganz anders sieht es im Aussenverhältnis aus. Die exportorientierte Industrie und unsere Finanzwirtschaft haben sich in der jüngeren Vergangenheit mit Erfolg dem internationalen Wettbewerb gestellt. Dies zeigt sich nicht nur in eindrücklichen Direktinvestitionen im Ausland, sondern auch in einer bemerkenswerten Produktivitätsentwicklung.

Während sich die Produktivität der Binnenwirtschaft im Sinkflug befindet, stürmt unsere Exportwirtschaft steil nach oben und überzeugt durch ihre Effizienz und ihre Innovationskraft. Im Aussenverhältnis ist die Schweiz eines der wettbewerbsfähigsten, wirtschaftsliberalsten und internationalsten Länder der Welt. Im Innenverhältnis dagegen bewegen wir uns im Rückwärtsgang. Ich denke, eindrücklicher als mit diesen Zahlen kann man den Unterschied zwischen Wettbewerb und Heimatschutz nicht darstellen.

Das Konzept der eidgenössischen Verhandlungsdemokratie war ohne Zweifel ein Erfolgsmodell und begleitete uns mit Auszeichnung durch die bipolare Welt des 20. Jahrhunderts. Verhandlungen führen allerdings nur dann zum Erfolg, wenn sämtliche Parteien am Verhandlungstisch sitzen. Dieser Anspruch ist in einer weltweit vernetzten Gesellschaft nicht zu erfüllen. Globalisierung und Virtualisierung sind dezentrale Prozesse, die niemand im traditionellen Sinne beherrscht. Gemeinsam ist diesen Phänomenen, dass sie nicht das Resultat von irgendwelchen Beschlüssen, irgendwelcher Gremien sind, die irgendwelche Gestaltungsvorstellungen haben und diese dann umsetzen. Die wirklich wichtigen Innovationen kommen ausserhalb formalisierter Entscheidungssysteme zustande. Nicht die Vorhersehbarkeit, sondern die Überraschung und nicht die zentrale Planung, sondern dezentrale Prozesse machen das Wesen der gesellschaftlichen und technologischen Erneuerung aus. Der Erfinder der Dampfmaschine dachte weder an die erste industrielle Revolution noch an schienegebundene, flächendeckende Verkehrsnetze. Und wer sah voraus, dass sich das Internet von den Bedürfnissen einiger weniger Wissenschaftler lösen wird und sich bald einmal Jugendliche weltweit und zum Nulltarif in virtuellen Chatrooms treffen?

Bis in die 70er Jahre des letzten Jahrhunderts haben die traditionellen politischen Entscheidungsmuster zu den Erfolgen der Schweizer Wirtschaft beigetragen. In der Zwischenzeit jedoch ist die eidgenössische Verhandlungsdemokratie vom Problemlöser zum Problemverursacher geworden. Anders lässt sich die negative Entwicklung unserer Staatsfinanzen und das im internationalen Vergleich bescheidene Wirtschaftswachstum nicht erklären. Heute geht es darum, dass wir unsere Binnen- und die staatsnahe Wirtschaft in eine Richtung entwickeln, die dem Wesen einer offenen Welt entspricht. Eine zukunftsorientierte Gesellschaft nimmt Abschied von planwirtschaftlichen Idealvorstellungen und setzt auf den Wettbewerb als spontane Ordnung, ermöglicht Koordination ohne Zwang und Übereinstimmung ohne Konformität. Die fehlende Kontrollierbarkeit ist nicht ein Mangel, sondern die Chance der globalisierten Gesellschaft. Dabei dürfen die Leistungen des Marktes nicht mit einem unerreichbaren, idealen Standard, sondern müssen mit den Resultaten der Planwirtschaft verglichen werden. Und dieser Vergleich fällt ohne jeden Vorbehalt zugunsten wettbewerbsorientierter Gesellschaften aus. Wettbewerb schafft Wohlstand.

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Es ist an der Zeit, dass wir das Ende der Verhandlungsdemokratie des 20. Jahrhunderts akzeptieren und vorbehaltlos auf den Wettbewerb als das Gestaltungsprinzip einer wachstumsorientierten Politik setzen. Dies ganz im Sinne unserer Vorgänger, die als radikale Freihändler bereits im Jahre 1785 das Wesen und die Chancen einer freien Marktwirtschaft perfekt zusammenfassten:

„Es ist ein allgemeiner und unwidersprechlicher kaufmännischer Grundsatz: je weniger der Handel an einem Ort durch Gesetze und Einschränkungen behindert wird, je grösser der Zusammenfluss

von Waren und die Anzahl der Käufer und Verkäufer ist, desto blühender wird auch der Handel selbst sein“. (Supplique des Kaufmännischen Directriums an den Rat der Stadtrepublik St.Gallen vom 29. April 1785)

In diesem Sinne danke ich Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit. Ich freue mich sehr auf die weitere Zusammenarbeit und wünsche Ihnen einen gelungenen Abend mit vielen interessanten Begegnungen.